



**Geschäftsführung  
Ausschuss für Bürgerbeteiligung,  
Anregungen und Beschwerden**

Frau Brohl

Telefon: (0221) 221-91709

E-Mail: [Andrea.brohl@stadt-koeln.de](mailto:Andrea.brohl@stadt-koeln.de)

Datum: 14.11.2022

## Niederschrift

über die **13. Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 31.10.2022, 17:00 Uhr bis 18:45 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

### Anwesend waren:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Max Christian Derichsweiler	GRÜNE
Frau Erika Oedingen	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Frau Bärbel Hölzing	Grüne
Herr Lars Wahlen	GRÜNE
Herr Dr. John Akude	CDU
Herr Pascal Pütz	SPD in Vertretung für Frau Bonk
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Uschi Röhrig	DIE LINKE
Herr Robert Wande	Auf Vorschlag von FDP
Frau Eva Porsch	Auf Vorschlag von KLIMA FREUNDE

#### Beratende Mitglieder

Herr Franz Gebhardt	auf Vorschlag der AfD Fraktion
Herr Piotr Mazar	auf Vorschlag von Die FRAKTION
Frau Karina Syndicus	Die FRAKTION zu TOP 5.2.1 und TOP 5.2.1.1
Herr Stefan Fischer	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Christiane Klingenburg-Steinhausen	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Dieter Schöffmann	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Maren Franke	Auf Vorschlag von CDU
Herr Heinz Klein	Auf Vorschlag von CDU
Herr Nils Beuthert	Auf Vorschlag von SPD
Herr Norbert Plützer	Auf Vorschlag von SPD
Frau Niusha Arabi	Auf Vorschlag von FDP

Frau Pia Waldhof	Auf Vorschlag von Volt
Herr Andreas Albrecht	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Dr. Burkhard Pfingsthorn	Seniorenvertretung der Stadt Köln

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Achim Schmitz	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Regina Schlimkowski	Seniorenvertretung der Stadt Köln

### **Verwaltung**

Frau Andrea Brohl  
Herr Dr. Ulrich Höver  
Frau Susanne Rosenstein  
Frau Brigitte Scholz  
Frau Julia Shepperson

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Stephan Pohl	Auf Vorschlag von CDU
Frau Birgit Bonk	Auf Vorschlag von SPD

### **Beratende Mitglieder**

Frau Inge Fuhrmann	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Yvonne Kürpig	Auf Vorschlag von CDU
Herr Dr. Dieter Brühl	Auf Vorschlag von SPD
Frau Amina Krolow	Auf Vorschlag von DIE LINKE
Frau Eugenie Rempel	Auf Vorschlag des Integrationsrates

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Abdullah Aydik	Auf Vorschlag des Integrationsrates
---------------------	-------------------------------------

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, begrüßt alle Anwesenden zur 13. Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden. Er stellt den fristgerechten Zugang der Einladung fest. Zur Niederschrift über die letzte Sitzung gibt es auf Nachfrage keine Anmerkungen. Herr Derichsweiler weist auf die aktualisierte Tagesordnung hin und fragt, ob es dazu Anmerkungen gebe.

Herr Erkelenz, CDU, meldet zu TOP 4.1 Beratungsbedarf an.

Herr Derichsweiler lässt über die ergänzte Tagesordnung abstimmen:

**Einstimmig zugestimmt.**

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Allgemeines**

#### **2 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

2.1 Bürgereingabe nach § 24 GO – „Ausverkauf des Deutzer Hafens stoppen“  
Aktenzeichen 193/21 B  
0973/2022

2.2 Bürgereingabe nach § 24 GO– „Statistische Jahrbücher“ Aktenzeichen 124/22  
B  
2852/2022

2.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Vorlaufgrün an Ampeln für Radfahrende  
und zu Fuß Gehende (AZ: 02-1600-182-20)  
1635/2022

2.4 Bürgereingabe nach § 24 GO - Fühlinger See für Schwimmer wieder öffnen,  
AZ 71/22  
3177/2022

#### **3 Bürgereingaben ohne Verwaltungsvorlage**

#### **4 Vorlagen der Verwaltung**

4.1 Ausweitung der sozialen Staffelung bei den Mitgliedsbeiträgen der Stadtbibliothek Köln  
2500/2022

#### **5 Anträge**

5.1 Mündliche Anträge

5.2 Schriftliche Anträge

5.2.1 Verbesserte Kommunikation im öffentlichen Raum  
AN/1523/2022

5.2.1.1 Hier: TOP 5.2.1 Verbesserte Kommunikation im öffentlichen Raum  
AN/1914/2022

5.2.2 Digitale Partizipation ausbauen: Bürgerschaftliches Engagement stärken  
AN/1814/2022

## **6 Anfragen**

6.1 Mündliche Anfragen

6.2 Schriftliche Anfragen

6.2.1 Stand der bau- und bäumlichen Dinge beim Schulbauprojekt Niehler Kirchweg  
AN/1899/2022

6.2.2 Bürger\*innenbefragung zum Verkehrsverhalten  
AN/1898/2022

6.3 Anfragen aus früheren Sitzungen

## **7 Mitteilungen**

7.1 Mündliche Mitteilungen

7.2 Schriftliche Mitteilungen

7.2.1 Bürgereingabe nach § 24 GO - Anlegen von Schutzstreifen an Hochspannungsleitungen in bewohnten Bereichen, vorrangig in Köln-Poll und am Deutzer Hafen, AZ.: 110/22  
2971/2022

7.2.2 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Pilotprojekt Gebetsruf der DITIB", AZ.: 169/22  
3349/2022

7.2.3 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Wohnmobilstellplätze", AZ.: 209/21  
3352/2022

7.2.4 Öffentlichkeitsbeteiligung und Möglichkeit der Teilhabe von Menschen mit Behinderung  
hier: Anfrage von Paul Intveen und Ellen Kuhn in der Sitzung der StadtAG Behindertenpolitik am 23.06.2022  
2965/2022

7.2.5 Liste offener Bürgereingaben gemäß § 24 GO NRW für den Ausschuss  
3373/2022

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Allgemeines**

### **2 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

#### **2.1 Bürgereingabe nach § 24 GO – „Ausverkauf des Deutzer Hafens stoppen“ Aktenzeichen 193/21 B 0973/2022**

Der Petent stellt die Eingabe vor und betont, dass 80 % der Grundstücke im Deutzer Hafen im Eigentum städtischer Gesellschaften seien, sie also den Bürgern der Stadt gehören zur gemeinschaftlichen und dauerhaften Daseinsvorsorge. Dies betreffe im Deutzer Hafen 2.400 Wohnungen mit ca. 5.500 Menschen. Nach aktueller Planung sollen dort alle Grundstücke privatisiert und so ohne Not der Spekulation in die Hände gegeben werden. Er appelliert, die Privatisierung zu stoppen, denn es sei auch ohne die geplante Privatisierung möglich, einen guten, qualitätsvollen Wohnungsbau zu schaffen. Der Stadtrat habe an anderer Stelle das Erbbaurecht bevorzugt. Er weist auf das Berliner Modell der Stadtbodenstiftung hin, die Grundstücke ewig für die Allgemeinheit sichere. Die Verwaltung sei nicht bereit, alte Konzepte zu verwerfen. Er bittet den Boden dauerhaft in der Obhut der Gemeinschaft zu belassen und die Verwaltung zu verpflichten in dieser Sache neue Handlungsoptionen für den Rat zu erarbeiten und den Stadtentwicklungsausschuss sowie den Wirtschaftsausschuss mit der Sache zu befassen. Er bittet um Unterstützung des in der Stellungnahme der Petenten formulierten Beschlusses.

Frau Scholz, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, führt aus, dass die Stadt im Deutzer Hafen erstmalig eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme auf den Weg gebracht habe. Dieses Instrument des besonderen Städtebaurechts ermögliche eine zügige Entwicklung des Gebietes unter Berücksichtigung des Hochwasserschutzes und die Möglichkeit die Eigentümer zu verpflichten, in einem bestimmten Zeitraum zu bauen. Der Zeitraum für die Umsetzung betrage zehn bis fünfzehn Jahre. Es handele sich um eine extrem wichtige Maßnahme für den Wohnungsbau in der Stadt. Ein Treuhänder ist von der Verwaltung beauftragt, die Maßnahme zu steuern und eine Kosten- und Finanzierungsübersicht aufzulegen und darüber transparent zu informieren. Der Eigentumsanteil der Modernen Stadt, die hier wie ein Grundeigentümer behandelt werde, betrage 80 %. Die Petition beinhalte ein wichtiges Anliegen, Grund und Boden nicht zu privatisieren und referenziere teils die Vorlage städtische Grundstücke nur im Erbbaurecht zu vergeben. In diesem Fall sei dies nicht möglich, weil mit dem Eigentümer Moderne Stadt, einem Projektentwickler, eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen worden sei, dass sie auf ihrem Grundstück ihre Entwicklung fortsetzen dürfen. Mit der Modernen Stadt sei vereinbart, dass zusätzlich zu der im kooperativen Baulandmodell vereinbarten Verpflichtung von 30 % öffentlich gefördertem Wohnungsbau noch weitere 20 % preisgedämmter Wohnungsbau realisiert werden. In der Regel würden diese Flächen an Bestandshalter, wie z. B. Wohnungsgenossenschaften, vermarktet. Für die weiteren Grundstücke werde es ein Vermarktungs- und Realisierungskonzept geben. Daher sehe sie keine Möglichkeit, die Forderung der Petenten für das Gebiet des Deutzer Hafens umzusetzen.

Herr Fischer, Grüne, bedankt sich für die Eingabe, die bereits am 27.10.2022 in der Bezirksvertretung Innenstadt beraten wurde. Er betont, dass er das Anliegen der Petition nach Kräften unterstütze. Es gebe ein dramatisches Problem mit Gentrifizierung in Deutz. Als Mitglied des Begleitgremiums Deutzer Hafen habe er die gesamte Entwicklung mitverfolgt. Die Ausführungen der Verwaltung seien sehr überzeugend. Er hebt als Unterschied zu anderen Grundstücken die besonderen Erfordernisse zum Hochwasserschutz hervor. Am südlichen Ende des Gebietes gebe es zudem ein Lärmschutzproblem. Dort könne beispielsweise keine Wohnraumnutzung, sondern nur eine gewerbliche Nutzung mit massiven gesetzlichen Auflagen bzgl. des Lärmschutzes entstehen. Man habe sich für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme entschieden, weil über die Veräußerungsgewinne die Erschließungskosten erwirtschaftet würden. Das zusätzlich zu den im kooperativen Baulandmodell vorgesehenen 30 % öffentlich geförderter Wohnungsbau noch 20 % preisgedämmter Wohnungsbau realisiert würden, sei fast sensationell.

Herr Erkelenz, CDU, dankt den Petenten und hebt das positive Konzept und die positive Begleitung der Entwicklung durch die Stadt Köln sowie die Moderne Stadt hervor. Die CDU-Fraktion schließe sich der Verwaltungsvorlage an.

Herr Pütz, SPD, bedankt sich ebenfalls bei den Petenten für die Eingabe, aber auch bei Frau Scholz für die ausführliche Darstellung. Die SPD-Fraktion werde ebenfalls in diesem Fall der Verwaltungsvorlage folgen, jedoch sei es ein großes Anliegen, das Erbbaurecht grundsätzlich als Regelvergabe zu installieren.

Frau Röhrig, Die Linke, lehnt die Verwaltungsvorlage ab und stimmt der Eingabe des Petenten zu.

Frau Oedingen, SPD, bittet um Ergänzung des Beschlusstextes wie folgt: „Der Stadtentwicklungsausschuss erhält den Vorgang zur Kenntnisnahme.“

Frau Scholz, glaubt, dass die Petition ein wertvoller Ansatz für die Diskussion über die Entwicklung anderer städtischer Flächen wie Parkstadt oder Kreuzfeld sei. Im Deutzer Hafen könne ein sehr gutes und gemischtes Quartier realisiert werden. Die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme biete viele Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten. Sie entschuldigt sich bei dem Petenten für die lange Bearbeitungsdauer.

Der Petent bringt seine Enttäuschung zum Ausdruck, dass der Ausschuss seinen Beschlussvorschlag nicht aufgreift und über andere Modelle nachdenkt. Er betont, dass der Kern der Petition sei, dass auch die städtischen Gesellschaften in aller Eigentum seien.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, teilt mit, dass die Bezirksvertretung Innenstadt der Verwaltungsvorlage mit Stimmenmehrheit von Grüne, SPD, CDU und FDP gegen die Stimmen von zwei Einzelvertretern bei Enthaltung Die Linke zugestimmt habe.

### **Ergänzter Beschluss:**

Der Ausschuss Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für die Eingabe, weist sie aber inhaltlich zurück, da eine Vergabe der Flächen in Erbbaurecht im Rahmen der Anwendung einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme gemäß §165 Abs. 6 Baugesetzbuch nicht möglich ist.

### **Der Stadtentwicklungsausschuss erhält den Vorgang zur Kenntnisnahme.**

### **Abstimmungsergebnis:**

**Mit Stimmenmehrheit** von Grüne, SPD, CDU und FDP gegen die Stimmen von Die Linke und KlimaFreunde **zugestimmt.**

## **2.2 Bürgereingabe nach § 24 GO– „Statistische Jahrbücher“ Aktenzeichen 124/22 B 2852/2022**

Der Petent ist nicht anwesend.

Frau Scholz, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, führt aus, dass es um die Frage gehe, wie man im digitalen Zeitalter zukünftig Daten bereitstellen könne. Der Petent rege an, die Statistiken in online-Daten zu überführen, die tagesaktuell zur Verfügung gestellt werden. Durch diese fortlaufende Information soll das Jahresformat entfallen. Für das Jahr 2021 liege das statistische Jahrbuch noch nicht vor, weil die Datenauswertungen, auf die ihr Amt angewiesen sei, erst im nachfolgenden Jahr erfolgen können und es in diesem Jahr zusätzlich Probleme gebe, die Daten zu erhalten. Die Statistik sei nachlaufend. Die Daten tagesaktuell zur Verfügung zu stellen, sei in dieser Form nicht möglich, weil dann keine gesicherten Daten zur Verfügung gestellt werden können. In der Vorlage sei dargelegt worden, wie umfangreich die Arbeit sei um die Daten qualitätsgesichert zur Verfügung zu stellen. Selbstverständlich werde dennoch überlegt, wie die Daten zukünftig dargestellt werden können.

Frau Klingenburg, Grüne, weist darauf hin, dass das statistische Jahrbuch überwiegend eine dokumentarische Funktion habe und sich aus tagesaktuellen Strukturdaten wenige Informationsgewinne ergeben. Für Interessierte biete die Auskunftsstatistik laut Verwaltungsvorlage wesentlich detailliertere Informationen an. Zudem liege ein umfangreiches Angebot aus den prozessproduzierten Daten im „Offene Daten Köln“ – Portal maschinenlesbar und zeitnah vor. Sie stimme daher der Verwaltungsvorlage zu.

Frau Oedingen, SPD, folgt ebenfalls der Verwaltungsvorlage. Sie bittet in den Beschlusstext das Thema Verfahrensoptimierung wie folgt aufzunehmen: „Jedoch sind eine weitere Optimierung der Datengewinnung und die Nutzung sämtlicher Möglichkeiten der Digitalisierung anzustreben. Außerdem soll der Vorgang dem Digitalisierungsausschuss zur Kenntnis gegeben.“ Sie bekräftigt, dass eine tägliche Datenbeschaffung irrelevant sei und nicht weiter bringe.

Frau Scholz begrüßt die Information des Digitalisierungsausschusses, weist aber darauf hin, dass man bei der Datenbereitstellung von Bund und Land allerdings auf deren Prozesse angewiesen sei.

### **Ergänzter Beschluss:**

Der Ausschuss Bürgerbeteiligungen, Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für die Eingabe, spricht sich jedoch gegen eine Beschlussvorlage im Rat zur Neuorganisation der Arbeit an den statistischen Jahrbüchern aus, da sich eine tagesaktuelle Informationsbereitstellung nicht realisieren lässt. Darüber hinaus ergeben sich aus der tagesaktuellen Auswertungen von relativ stabilen Strukturdaten lediglich marginale Informationsgewinne.

**Jedoch sind eine weitere Optimierung der Datengewinnung und die Nutzung sämtlicher Möglichkeiten der Digitalisierung anzustreben.**

**Außerdem soll der Vorgang dem Digitalisierungsausschuss zur Kenntnis gegeben.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

### **2.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Vorlaufgrün an Ampeln für Radfahrende und zu Fuß Gehende (AZ: 02-1600-182-20) 1635/2022**

Der Petent ist nicht anwesend.

Frau Rosenstein, Amt für Verkehrsmanagement, berichtet, dass der Radverkehr in den letzten Jahren immer mehr in den Fokus gerückt sei. Abhängig davon, wo sich der Radfahrer bewege, werde bei baulichen Wegen parallel zum Fahrverkehr ein Vorlaufgrün von ein bis zwei Sekunden geschaltet. Bei einer Führung des Radverkehrs auf der Straße stehe, in der Regel eine vorgezogene Aufstellfläche zur Verfügung. Ein eigenes grünes Signal (mit Rad) für den auf der Straße fahrenden Radverkehr habe sich in Köln nicht bewährt, da das Grüne Lichtsignal von allen Verkehrsteilnehmern genutzt werde. Dies wurde ebenfalls bei unterschiedlicher Ampelschaltung für Radfahrende und Zufußgehende beobachtet. Daher seien diese Ampeln jetzt gleichgeschaltet.

Herr Wahlen, Grüne, unterstützt das Anliegen des Petenten, die Verkehrssicherheit vor allem für die Radfahrer zu erhöhen. Eine Möglichkeit dafür sei das Vorlaufgrün, eine weitere Möglichkeit sei die vorgezogene Aufstellfläche. Mit beiden Varianten solle erreicht werden, den Radfahrer vor den Autofahrer in dessen Sichtfeld zu bekommen. Die Aufstellflächen seien mit relativ wenig Aufwand nachträglich hinzuzufügen und unterstützen damit die zügige Umsetzung der Verkehrswende.

Frau Oedingen, SPD, bekräftigt die Aussagen von Herrn Wahlen. Aufstellflächen seien eine sehr gute Maßnahme, um Radfahrende zu schützen. Sie bedauert, dass in Köln bei allen Verkehrsteilnehmenden eine besondere Form der Rücksichtslosigkeit zu beobachten sei. Sie unterstützt die Verwaltungsvorlage.

Herr Erkelenz, CDU, unterstützt die flexible Handhabe der Verwaltung.

Frau Röhrig, Die Linke, merkt an, dass es einen Fahrradführerschein geben müsse, damit sich auch die Fahrradfahrer mehr an Verkehrsregeln halten. Sie stimmt ebenfalls der Verwaltungsvorlage zu.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für die Eingabe. Der Anregung wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung entsprochen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

### **2.4 Bürgereingabe nach § 24 GO - Fühlinger See für Schwimmer wieder öffnen, AZ 71/22 3177/2022**

Der Petent berichtet, dass er im August 2021 eine Petition gestartet habe, nachdem mit Flyern darüber informiert wurde, Schwimmen im Fühlinger See mit 1.000 € bestraft würde. Er habe erfahren, dass es dieses Schwimmverbot seit 35 Jahren gebe und die Stadt Köln gesetzlich in der Haftung sei, sobald badeanlagenähnliche Zugänge vorhanden seien. Aufgrund des Klimawandels und der immer wärmeren Sommer brauche die Bevölkerung jedoch eine kostenfreie Badestelle. Er schlägt vor, mit Schild darauf hinzuweisen, dass das Betreten auf eigene Gefahr sei, um die Stadt Köln aus der



Haftung zu nehmen. Ebenso könnte ein beaufsichtigter Bereich für Nichtschwimmer eingeführt werden.

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, stellt klar, dass es sich bei der Petition aus August 2021 um eine Online-Petition gehandelt habe und die vorliegende Eingabe im März 2022 in der Geschäftsstelle für Anregungen nach § 24 GO und Beschwerden eingegangen sei. Die Fachverwaltung könne leider nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen.

Herr Brust, Grüne, berichtet von einem Termin mit dem Sportausschuss am Fühlinger See. Seine Fraktion teile die Auffassung, dass man möglichst kostenlos an Badeseen baden können müsse. Daher habe man sich von Amt für öffentliche Ordnung, Feuerwehr und Rechtsamt beraten lassen. Aus rechtlichen Gründen sei ein Betreten auf eigene Gefahr nicht möglich. Es gebe im Fühlinger See mehrere Gefahren durch Strudel und sehr unterschiedliche Wassertemperaturen. Die Feuerwehr habe erklärt, dass sich das Wasser dort selbst an sehr warmen Tagen im Sommer teils nicht über 4 Grad Celsius erwärme. Auch bei guten Schwimmern versagen die Muskeln, wenn man eine solche Wasserströmung erreiche. Daher könne man dieses Risiko nicht eingehen. Die Verwaltung unterstütze aber den Versuch einige Stellen am Fühlinger See für Schwimmer zur Verfügung zu stellen und habe daher ein Gutachten in Auftrag gegeben, zu prüfen, an welchen Stellen dies möglich wäre z. B. am See 7. Er bittet um folgende Ergänzung des Beschlussentwurfs: „Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden begrüßt die Prüfung von zusätzlichen Badestellen am Fühlinger See durch einen Gutachter.“

Herr Erkelenz, CDU, steht der Petition durchaus wohlwollend gegenüber und unterstützt die Ergänzung des Beschlusstextes, die auf die Ausführungen in der Begründung der Verwaltungsvorlage Bezug nehme.

Frau Oedingen, SPD, spricht sich ebenfalls für kostenlose Abkühlungsmöglichkeiten an Badestellen an heißen Sommertagen aus. Sie schließt sich der ergänzten Beschlussvorlage an.

Frau Röhrig, Die Linke, hebt positiv hervor, dass dem Auftrag aus dem Sportausschuss gefolgt werde und schließt sich der ergänzten Verwaltungsvorlage an.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, berichtet über das Ergebnis der Beratung in der Bezirksvertretung Chorweiler. Dort sei folgendem Änderungsantrag von CDU, SPD, Grüne, Die Linke und zwei Einzelvertretern „Die Bezirksvertretung Chorweiler bestärkt ihrem Beschluss vom 09.12.2021 und begrüßt die Prüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen durch ein externe Gutachterbüro. Sie fordert die Verwaltung auf beim kommenden interfraktionellen Gespräch Fühlinger See zu informieren.“ einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt worden. Er weist in diesem Zusammenhang auch auf die Begründung der Verwaltungsvorlage hin, die dies beinhalte. Es bestehe folglich Einigkeit über das Ziel eine Badestelle auszuweisen, bisher ermöglichen die Rahmenbedingungen dies nicht, aber die Verwaltung habe den Prüfauftrag mitgenommen.

Der Petent findet die Ausführungen nachvollziehbar und würde sich über eine Umsetzung freuen.

### **Ergänzter Beschluss:**

Der Bürgereingabe des Petenten kann nicht gefolgt werden: Die mit Urteil des Bundesgerichtshofs geforderte Überwachung der 7 Teilseen mit einer Ausdehnung von über 2 km Länge durch eine anerkannte Wasserrettung ist qualitativ und quantitativ

nicht leistbar.

Die haftungsrechtlichen Vorgaben ermöglichen damit die Freigabe des Fühlinger Sees als Badesees nicht.

**Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden begrüßt die Prüfung von zusätzlichen Badestellen am Fühlinger See durch einen Gutachter.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

### **3 Bürgereingaben ohne Verwaltungsvorlage**

### **4 Vorlagen der Verwaltung**

#### **4.1 Ausweitung der sozialen Staffelung bei den Mitgliedsbeiträgen der Stadtbibliothek Köln 2500/2022**

**Geänderter Beschluss:**

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden vertagt die Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

### **5 Anträge**

#### **5.1 Mündliche Anträge**

#### **5.2 Schriftliche Anträge**

##### **5.2.1 Verbesserte Kommunikation im öffentlichen Raum AN/1523/2022**

Frau Syndicus, Die Fraktion, erläutert den Antrag mit einem Beispiel aus Nürnberg. Dort werde den Kindern erläutert, warum ein Spielgerät nicht genutzt werden könne und ab wann dies voraussichtlich wieder möglich sei. Auch bei Umbaumaßnahmen im Straßenverkehr fragen sich Bürger oft, was dort passiere. Dies könne auf einem Schild einfach erläutert werden. Die Kommunikation im öffentlichen Raum zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung soll dadurch verbessert werden. Sie unterstützt den gemeinsamen Änderungsantrag.

Frau Hölzing, Grüne, berichtet von den Baustellen und Absperrungen, die nicht immer selbsterklärend seien. Dies zeige auch ein Aufruf der Stadt, Baken, die keinen Zweck mehr erfüllen, zu melden. Mit dem Änderungsantrag soll die Verwaltung beauftragt werden dazustellen, wie die Informationen laufen, um Bürger über die Baustellen in Kenntnis zu setzen. Vielleicht gebe es Tools oder Plattformen, die sich für diese Informationen eignen. Bei Spielplätzen sollte darauf geachtet werden, dass für Kinder

und Jugendliche erkennbar sei, was dort passiere. Hier soll eine kindgerechte Informationsbeschilderung geprüft werden. Der Ausschuss Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden soll über Maßnahmen und Umsetzungsergebnisse informiert werden.

Herr Erkelenz, CDU, begrüßt mehr kindgerechte Sprache auf Spielplätzen und unterstützt den Antrag.

Frau Oedingen, SPD, unterstützt ebenfalls den Antrag. Sie merkt an, dass auch bei der Sag´s uns App besser über Bearbeitungsstände informiert werden soll.

Herr Dr. Pfingsthorn, Seniorenvertreter, bittet die Seniorenvertretung und Seniorennetzwerke zu nutzen, um Informationen weiterzugeben.

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, merkt an, dass es dabei sicher auch auf die Größe der Maßnahme ankomme. Die Perspektive der Senior\*innen einzubeziehen und die Netzwerke stärker zu nutzen, sei sicherlich bei der Form von Beteiligung und Partizipation bei Bauvorhaben richtig, wenn es um die verbesserte Kommunikation im öffentlichen Raum gehe. Bei dem Änderungsantrag werde explizit eine Information in kindgerechter Sprache bei Maßnahmen auf Spielplätzen gewünscht.

#### **Geänderter Beschluss (entspricht AN/1914/2022)**

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, wie das Vorgehen bei der Beschilderung von städtischen Sanierungs- und Gestaltungsmaßnahmen ist, um den Bürger\*innen die für die jeweilige Maßnahme nötigen Informationen aufzuzeigen.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern eine grundsätzliche Beschilderung mit den nötigen Informationen bei städtischen Sanierungs- und Gestaltungsmaßnahmen erfolgen kann.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern unabhängig der Beschilderungsmöglichkeit unter Pkt. 2 außerdem eine entsprechende Informationsbereitstellung über städtische Tools oder Plattformen erfolgen kann.**
- 4. Die Verwaltung wird beauftragt bei Sanierungs- und Gestaltungsmaßnahmen von städtischen Spielplätzen ein alters- bzw. kindgerechte Informationsbeschilderung zu installieren, die den Grund für die Sanierung bzw. Veränderung erklärt und darlegt, wann die Maßnahme abgeschlossen ist.**
- 5. Dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden ist das Prüf- bzw. Umsetzungsergebnis mitzuteilen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

#### **5.2.1.1 Hier: TOP 5.2.1 Verbesserte Kommunikation im öffentlichen Raum AN/1914/2022**

##### **Beschluss:**

- 1 Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, wie das Vorgehen bei der Beschilderung von städtischen Sanierungs- und Gestaltungsmaßnahmen ist, um den Bürger\*innen die für die jeweilige Maßnahme nötigen Informationen aufzuzeigen.
- 2 Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern eine grundsätzliche Beschilderung mit den nötigen Informationen bei städtischen Sanierungs- und Gestaltungsmaßnahmen erfolgen kann.

- 3 Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern unabhängig der Beschilderungsmöglichkeit unter Pkt. 2 außerdem eine entsprechende Informationsbereitstellung über städtische Tools oder Plattformen erfolgen kann.
- 4 Die Verwaltung wird beauftragt bei Sanierungs- und Gestaltungsmaßnahmen von städtischen Spielplätzen ein alters- bzw. kindgerechte Informationsbeschilderung zu installieren, die den Grund für die Sanierung bzw. Veränderung erklärt und darlegt, wann die Maßnahme abgeschlossen ist.
- 5 Dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden ist das Prüf- bzw. Umsetzungsergebnis mitzuteilen.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

## **5.2.2 Digitale Partizipation ausbauen: Bürgerschaftliches Engagement stärken AN/1814/2022**

Herr Wahlen, Grüne, fragt, wie Bürgerbeteiligung in Köln gestärkt werden könne. Es sei bereits ein Antrag zu einem Bürgerrat in Köln beschlossen worden. Es gebe Formate wie Meinung für Köln oder Sag´s uns, die sehr gut angenommen würden. Die bestehenden Ideen und Formate aus der Bürgerschaft sollen besser miteinander verknüpft und ein Austausch ermöglicht werden. Somit sollen die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in Köln verbessert werden.

Frau Oedingen, SPD, unterstützt die Förderung der Bürgerbeteiligung und schlägt vor, dies dem Digitalisierungsausschuss zur Kenntnis zu geben und bittet um entsprechende Ergänzung des Antrags: „5. Die Verwaltung wird gebeten dem Ausschuss **Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden sowie dem Digitalisierungsausschuss** den Maßnahmenkatalog zur Kenntnisnahme vorzulegen.“

Frau Röhrig, Die Linke, bittet das Wort Bürger\*innen durch Einwohner\*innen im Antrag zu ersetzen, da die Bürgerbeteiligung unabhängig vom Wahlrecht, welches nur die Bürger\*innen haben, sein sollte.

Herr Dr. Pfungsthorn, Seniorenvertreter, berichtet, dass der Pilotversuch in Nippes mit der Kölner Freiwilligenagentur sehr gut gewesen und auch die Seniorenvertretung einbezogen worden sei.

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, weist darauf hin, dass dies wohl im Rahmen der systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung gewesen sei. Im vorliegenden Antrag liege der Fokus darauf, vorhandene Strukturen zu vernetzen und dadurch zu stärken, in dem im digitalen Raum Möglichkeiten geschaffen werden, wo sich Menschen zusammen finden können, um sich gemeinsam zu engagieren und Projekte zu entwickeln. Die Systematische Öffentlichkeitsbeteiligung finde im Rahmen von Prozessen statt, die von der Stadt Köln entwickelt werden.

Herr Erkelenz, CDU, erläutert, dass die Gemeindeordnung NRW zwischen Einwohner und Bürger unterscheidet. Der Bürger ist wahlberechtigt, der Einwohner nicht. Als Mitglied des Integrationsrates unterstützt er den Vorschlag von Frau Röhrig.

### **Geänderter/ergänzter Beschluss:**

- 1 Die Verwaltung wird beauftragt, unter Einbezug der Kölner Freiwilligen Agentur e.V. einen Maßnahmenkatalog zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements zu entwickeln und umzusetzen, das insbesondere konkrete Vorhaben darstellt, die die Parti-

- zipation, Vernetzung und Beteiligung von **Einwohner**\*innen stärkt. Hierbei soll der Fokus auf die Nutzung von digitalen Tools und Plattformen liegen, die ein niedrighschwelliches Angebot für **Einwohner**\*innen machen, sich an ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Projekten zu beteiligen oder sich im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung einzubringen.
- 2 Zur Umsetzung können bestehende Kooperationen mit Dritten projektbezogen genutzt werden, um die entsprechenden Maßnahmen zu begleiten, zu unterstützen oder durchzuführen.
  - 3 Die Verwaltung wird gebeten, nach Abschluss der Maßnahmen Konsequenzen für die weitere Förderung des ehrenamtlichen Engagements und den Ausbau der digitalen Beteiligungsmöglichkeiten der Stadt Köln zu ziehen.
  - 4 Die monetäre Deckelung im städtischen Haushalt 2022 zur Umsetzung der Maßnahmen erfolgt über den beschlossenen politischen Veränderungsnachweis über 25.000 € (vgl. AN/2094/2021).
  - 5 Die Verwaltung wird gebeten dem Ausschuss **Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden sowie dem Digitalisierungsausschuss** den Maßnahmenkatalog zur Kenntnisnahme vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**6 Anfragen**

**6.1 Mündliche Anfragen**

Frau Oedingen, SPD, fragt, ob eine jährliche Übersicht der Petitionen geklustert nach Themenbereichen erstellt werden könne, um dadurch zu sehen, welche Schwerpunkte es gebe.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, antwortet, dass es im Rahmen der Vorbereitung von Pressekonferenzen solche Listen gegeben habe und sagt die Erstellung einer Liste zu.

**6.2 Schriftliche Anfragen**

**6.2.1 Stand der bau- und bäumlichen Dinge beim Schulbauprojekt Niehler Kirchweg  
AN/1899/2022**

**6.2.2 Bürger\*innenbefragung zum Verkehrsverhalten  
AN/1898/2022**

## **6.3 Anfragen aus früheren Sitzungen**

## **7 Mitteilungen**

### **7.1 Mündliche Mitteilungen**

### **7.2 Schriftliche Mitteilungen**

#### **7.2.1 Bürgereingabe nach § 24 GO - Anlegen von Schutzstreifen an Hochspannungsleitungen in bewohnten Bereichen, vorrangig in Köln-Poll und am Deutzer Hafen, AZ.: 110/22 2971/2022**

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **7.2.2 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Pilotprojekt Gebetsruf der DITIB", AZ.: 169/22 3349/2022**

Herr Gebhardt, AfD, weist auf die heutige Demonstration vor dem Rathaus hin und was der politische Islam anrichten könne. Auch Herr Schramma erkläre, dass der Gebetsruf nicht gut wäre, um die Weltoffenheit von Köln zu demonstrieren und Islamwissenschaftler hielten dies für ein falsches Signal aus Köln. Er habe nichts gegen Menschen, die ihrem Glauben nachgingen, man müsse aber aufpassen, wem man die Stimme gebe und wann.

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, erinnert daran, dass eine Eingabe bereits im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden beraten wurde und einstimmig zugestimmt wurde, dass in dem Modellprojekt eine Umsetzung des Grundrechts der Religionsfreiheit zu sehen sei, was die Förderung des respektvollen Miteinanders zum Ziel habe. Dementsprechend glaube er, dass kein weiterer Beratungsbedarf notwendig sei.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **7.2.3 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Wohnmobilstellplätze", AZ.: 209/21 3352/2022**

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **7.2.4 Öffentlichkeitsbeteiligung und Möglichkeit der Teilhabe von Menschen mit Behinderung hier: Anfrage von Paul Intveen und Ellen Kuhn in der Sitzung der Stadt-AG Behindertenpolitik am 23.06.2022 2965/2022**

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **7.2.5 Liste offener Bürgereingaben gemäß § 24 GO NRW für den Ausschuss 3373/2022**

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Frau Röhrig, Die Linke, fragt nach dem Sachstand zu einer Eingabe zur Zwischennutzung der Hallen Kalk. Auf diese Eingabe sei sie von einem Mitglied der Bezirksvertretung Kalk angesprochen worden.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, wird den Sachstand mitteilen.

Herr Derichsweiler, weist darauf hin, dass der Verwaltung grundsätzlich die Möglichkeit gegeben werde, eine gute Beschlussvorlage zu fertigen, sofern dies nach einiger Zeit nicht mehr möglich sei, werde der Vorgang nach Absprache so auf die Tagesordnung gesetzt.

Herr Fischer, Grüne, teilt mit, dass er aufgrund einer beruflichen Veränderung schweren Herzens sein Mandat im Ausschuss Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden aufgeben werde. Nach dreizehnjähriger Mitgliedschaft blicke er auf eine unglaublich spannende und vielfältige Zeit mit einer großen Bandbreite an Themen zurück. Er wünscht allen bei der weiteren Arbeit viel Kraft und er freut sich, dass sich der Ausschuss gerade in dieser Wahlperiode nochmals deutlich weiterentwickelt habe und noch mehr für die Bürgerinnen und Bürger tue.

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, dankt Herrn Fischer für die Arbeit und beendet die Sitzung.

gez. Derichsweiler  
Vorsitzender

gez. Brohl  
Schriftführerin